

Alternatives Wirtschaftsmodell stellt das Gemeinwohl in den Vordergrund

SALZBURG – „Man muss einen Paradigmenwechsel anstreben und das Gemeinwohl auf allen Ebenen forcieren“, so Josef Scheinast, Landessprecher der Grünen Wirtschaft. Dennoch sei es in den Regierungsverhandlungen schwierig gewesen, das konkret zu formulieren. Im Arbeitsübereinkommen 2013 bis 2018 ist dennoch verankert, dass „gemeinsames Wohl“ in den Vordergrund gestellt wird. „Bei der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) handelt es sich um ein al-

ternatives Wirtschaftsmodell, das Geld nicht mehr als Zweck, sondern als Mittel zum Zweck des Gemeinwohles sieht“, erzählt die GWÖ-Beraterin Isabella Klien. Insgesamt haben sich der Organisation binnen 3,5 Jahren rund 7.500 Privatpersonen, Unternehmen, Gemeinden, Regionen und Politiker angeschlossen.

„Ich komme aus einem ökologisch gesehen sensiblen Bereich mit Kunststoffen“, sagt Othmar Ruf, Gründer der Firma Novitech, der sich an der GWÖ be-

teilt. „Wir haben unter anderem ein Projekt bei Daimler, wo wir die Kunststoffhüllen der Lkw-Betriebsanleitungen durch ein verträglicheres Material ersetzen.“ Rufs Ziel ist es, heuer eine GWÖ-Bilanz zu erstellen.

Dafür entscheidend sind unter anderem Geldgeber, Mitarbeiter, Menschenwürde und ökologische Nachhaltigkeit. Anhand von 17 Punkten haben Unternehmen und Redakteure eine Gemeinwohl-Matrix mit Plus- und Minuspunkten erstellt, die als

Grundlage für die Bilanz dient. Ziel sollte dabei nicht sein, überall die höchste Punktzahl zu erreichen, sondern den eigenen Möglichkeiten entsprechend positiv abzuschnitten.

Ein Antrag dafür, dass die betrieblichen Beratungen generell auch auf Gemeinwohlberatungen ausgedehnt werden, liegt in der Salzburger Wirtschaftskammer vor. „Drei Kammern sind bereits für diese Forderung, lediglich die WKS ist noch dagegen“, kritisiert Scheinast. **Manuel Bukovics**